

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

23.03.2019 /19.20-19.50 Uhr
24.03.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- 70 Jahre NATO – Bündnis ohne Zukunft wegen Donald Trump?
- Der Traum der Ukraine von der NATO-Mitgliedschaft – ausgeträumt?
- Brexit – mit Folgen für die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe. Am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- 70 Jahre NATO – Bündnis ohne Zukunft wegen Donald Trump?
 - Der Traum der Ukraine von der NATO-Mitgliedschaft - ausgeträumt?
- Und:
- Brexit - mit Folgen für die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Im kommenden Monat wird die NATO 70 Jahre alt. Hauptziel bei der Gründung des Militärbündnisses 1949 war, das Machtstreben der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg einzudämmen. Mit Erfolg. Die UdSSR gibt es nach dem Fall der Mauer nicht mehr. Zugleich ist die NATO inzwischen zur Sicherheitsorganisation Nummer eins aufgestiegen. Und das soll nach dem Willen der NATO-Zentrale in Brüssel auch in Zukunft so bleiben. Eine sehr optimistische Sicht. Denn es kann auch ganz anders kommen. Andreas Dawidzinski weiß warum:

Manuskript Andreas Dawidzinski

Ein runder Geburtstag wird normalerweise immer groß gefeiert. Wenn die NATO am 4. April 70 Jahre alt wird, verzichtet die Allianz allerdings auf ein eigentlich angemessenes Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs. Stattdessen werden aus diesem Anlass die NATO-Außenminister in Washington zusammenkommen. Einen Gipfel soll es erst am Jahresende in London geben - richtungsweisende Entscheidungen sind dann aber nicht geplant. Dass die Allianz einen Geburtstagsgipfel scheut, hat seinen Grund. Und der heißt Donald Trump. Denn die beiden bisherigen NATO-Gipfel mit dem US-Präsidenten waren keine Treffen, auf denen das Bündnis Geschlossenheit demonstrierte. Sie waren genau das Gegenteil. Und dafür hatte jeweils der unberechenbare US-Präsident gesorgt. Für Hans-Georg Ehrhart vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik ist es daher nachvollziehbar, dass das Bündnis lieber auf einen Jubiläumsgipfel im April verzichtet. Denn mit Trump könnte so eine Veranstaltung ein Desaster werden:

O-Ton Ehrhart

„Man weiß ja nicht, wie er reagiert. Der letzte Gipfel war eher unangenehm. Da hat er die Europäer vorgeführt und beschimpft. Und man weiß nicht, was rauskommt. Wenn man vorher was verabredet weiß man nicht, ob es gehalten wird. Insofern ist es besser, lieber keinen Gipfel zu machen, so dass auch keine unangenehmen Überraschungen auftreten können.“

Hinzu kommt, dass Trump inzwischen die wenigen NATO-Fürsprecher in seiner Regierung entlassen hat oder diese selbst zurückgetreten sind. Erinnerung sei an den ehemaligen Außenminister Tillerson, Sicherheitsberater McMaster, Stabschef Kelly oder Pentagonchef Mattis. Es ist praktisch das komplette Sicherheitskabinett ausgewechselt worden. Vor allem Mattis galt den Verbündeten als ein wichtiger und verlässlicher Ansprechpartner angesichts der Sprunghaftigkeit des US-Präsidenten. In seinem Rücktrittsbrief übte der ehemalige Vier-Sterne-General dann auch massive Kritik am außen- und sicherheitspolitischen Kurs von Donald Trump. Zitat:

Zitat Mattis

„Auch wenn die USA in der freien Welt weiterhin die unentbehrliche Nation bleiben, können wir weder unsere Interessen schützen noch erfolgreich diese Rolle ausüben, ohne starke Bündnisse aufrechtzuerhalten und diesen Bündnispartnern Respekt zu zeigen. [...] Wir müssen alle amerikanischen Macht-

werkzeuge einsetzen, um für die gemeinschaftliche Verteidigung zu sorgen. Das bedeutet auch, unsere Bündnisse erfolgreich anzuführen“

Mit dem Abgang von Mattis gibt es in der US-Regierung keine gewichtigen Vertreter des Multilateralismus mehr. Sein Rücktritt ist ein schwerer Schlag für die NATO. Der Konfliktforscher Hans-Georg Ehrhart:

O-Ton Ehrhart

„Seit Mattis weg ist, ist im Sicherheitsbereich das Feld frei, für die Leute, die eine völlig andere Konzeption verfolgen. Es ist eben nicht nur Trump. Es sind auch die Ideologen, die dahinter stecken, die denken, dass Unilateralismus für Amerika der beste Weg ist, weil sie als immer noch stärkste Macht der Welt, und zwar militärisch und ökonomisch, ihre Interessen besser durchsetzen können. Das ist alles andere als der klassische westliche Liberalismus, der auf Ausgleich setzte, auf Kommunikation, auf Kompromiss. Hier herrscht das Recht des Stärkeren.“

Wie keiner seiner Vorgänger pocht Trump darauf, dass die Europäer mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgeben. Einen entsprechenden Beschluss haben die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Wales 2014 gefasst - ganz unter dem Eindruck der Annexion der Krim durch Russland. Die NATO-Mitglieder hatten damals zugesagt, sich innerhalb von 10 Jahren auf das Zwei-Prozent-Ziel zuzubewegen. Deutschland ist im vergangenen Jahr nach jüngsten NATO-Berechnungen auf 1,23 Prozent gekommen. 2024 will die Bundesregierung den Anteil der Verteidigungsausgaben auf 1,5 Prozent steigern. Viel zu wenig für den Mann im Weißen Haus. Donald Trump erwartet von den europäischen NATO-Staaten, dass sie erheblich mehr Geld ins Militär stecken. Insbesondere Deutschland hat der US-Präsident auf dem Kieker. Geld ist für Trump immer wieder ein zentrales Thema – so auch beispielsweise vor zwei Jahren beim Washington-Besuch von Bundeskanzlerin Merkel:

O-Ton Trump (overvoice)

„Ich habe Kanzlerin Merkel erneut gesagt, wie sehr ich die NATO unterstütze und dass unsere NATO-Alliierten ihren gerechten Teil für die Kosten der Verteidigung bezahlen müssen. Viele Nationen schulden aus den vergangenen Jahren massive Summen. Das ist sehr unfair gegenüber den USA. Die Nationen müssen bezahlen, was sie schulden.“

Und Trump meint es ernst. Anfang des Monats berichteten US-Medien, der US-Präsident habe bei Gesprächen mit seinen Beratern verlangt, die Verbün-

deten müssten die Kosten für die Stationierung von US-Soldaten in ihren Ländern tragen. Außerdem solle ein Aufschlag von 50 Prozent fällig werden. Diese besondere Art der Lastenteilung habe bereits einen Namen: „Cost plus 50“.

In der vergangenen Woche bezeichnete der amtierende Pentagonchef Patrick Shanahan diese Berichte zwar als falsch. Er bekräftigte allerdings zugleich, die Bündnispartner müssten einen fairen Anteil bezahlen, ggf. auch durch Militärbeiträge wie z.B. die Entsendung von Truppen nach Afghanistan.

Bereits im Wahlkampf hatte der heutige US-Präsident deutlich gemacht, dass er von der NATO wenig hält. Er bezeichnete das Bündnis damals als „obsolet“ - also veraltet - und nicht mehr zeitgemäß. Und an dieser Einstellung hat sich im Prinzip bis heute wenig geändert, auch wenn Trump seine Rhetorik zurzeit etwas zurückgefahren hat und seine Position gerne mal ändert.

Anfang des Jahres berichtete die New York Times, der US-Präsident habe im kleineren Kreis gleich mehrmals geäußert, er wünsche den Rückzug seines Landes aus der NATO. Während der Tage des chaotischen NATO-Gipfels im vergangenen Sommer habe Trump seinen wichtigsten Sicherheitsberatern mitgeteilt, das Militärbündnis mache keinen Sinn mehr. Der US-Präsident habe die NATO als eine Belastung für die USA dargestellt. Bei dem Gipfel im Juli hatte Trump einen Austritt der USA aus der Allianz nicht ausgeschlossen, sollten die Bündnispartner nicht sofort zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgeben.

Bei so viel Vorbehalten gegenüber dem Militärbündnis verwundert es nicht, dass die Zweifel an der US-Beistandsverpflichtung wachsen, so wie sie in Artikel 5 des NATO-Vertrages festgelegt ist.

Und genährt wird diese Skepsis immer wieder durch wenig diplomatische Äußerungen des US-Präsidenten. So wurde Trump in einem Interview des US-Fernsehsenders Fox News gefragt, warum US-Soldaten im Fall eines Angriffes ein kleines Land wie das neue NATO-Mitglied Montenegro verteidigen sollten. Diese Frage stelle er sich auch, antwortete Trump. Die Menschen in Monteneg-

ro könnten sehr aggressiv werden - und schwupp - schon befinde man sich im Dritten Weltkrieg.

O-Ton Trump

„I've asked the same question. You know Montenegro is a tiny country. By the way, they are very strong people. They are very aggressive people. They may get aggressive - and congratulations - you are in World War III.“

Die NATO-skeptische Grundhaltung des US-Präsidenten hat die transatlantischen Beziehungen erheblich beschädigt. Nicht nur die europäischen Bündnispartner sind besorgt. Auch bei vielen US-Politikern, selbst bei Parteifreunden von Donald Trump, geht inzwischen die Angst um, der beratungsresistente Präsident werde die USA in eine Sackgasse mit verheerenden Folgen manövrieren. Im Januar hat das Repräsentantenhaus Donald Trump mit überwältigender Mehrheit aufgefordert, nicht aus der NATO auszutreten. Ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang. Verstößt der US-Präsident gegen diese Resolution, dürfen für einen NATO-Austritt keine öffentlichen Mittel bereitgestellt werden.

Der US-Kongress sieht also den Fortbestand der NATO nicht durch Russland bedroht, sondern vielmehr durch den eigenen Präsidenten. Vor einigen Jahren wäre das eine absurde Vorstellung gewesen.

Doch die US-Führung ist inzwischen in zahlreichen Fragen mit den anderen NATO-Mitgliedern über Kreuz. Es geht nicht nur um die Höhe der Verteidigungsausgaben. Streitpunkte sind u.a., das Atomabkommen mit dem Iran, der Afghanistaneinsatz, der angekündigte US-Truppenabzug aus Syrien, aber auch der INF-Abrüstungsvertrag, den Trump ohne vorherige Konsultationen der Bündnispartner gekündigt hat.

Die sonst eher geduldige Bundeskanzlerin hat schon längst die Hoffnung aufgegeben, mit der gegenwärtigen US-Führung könne man eine Politik verfolgen, die auf gemeinsamen Werten und Idealen basiert. Nach den denkwürdigen Auftritten von Donald Trump vor rund zwei Jahren auf dem NATO- und G7-Gipfel redete Angela Merkel auf einer Parteiveranstaltung wenig später Klartext:

O-Ton Merkel

„Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“

Doch die Europäische Union ist noch weit davon entfernt, in der Außen- und Sicherheitspolitik geschlossen aufzutreten. Aus Sicht der EU-Regierungen ist eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zudem keine Alternative zur NATO - sie wird vor allem als Ergänzung gesehen.

Doch die Militärallianz befindet sich 70 Jahre nach ihrer Gründung in einer schweren Krise. Seit dem Amtsantritt von Donald Trump haben sich die transatlantischen Beziehungen dramatisch verschlechtert. Die Risse im Bündnis können selbst durch das Feindbild Russland nicht gekittet werden. Die USA unter Präsident Trump haben erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt - auch bei der Bevölkerung der Bündnismitglieder. Immer mehr Menschen in Europa wenden sich von den USA ab. Der Hamburger Konfliktforscher Hans-Georg Ehrhart:

O-Ton Ehrhart

„Umfragen zeigen, dass mittlerweile ein Großteil der Deutschen die Hauptgefahr eher von Amerika ausgehend sieht und nicht von Russland. Und das zeigt, wie dramatisch die Lage eigentlich für die NATO zu werden droht.“

Nach dem Fall der Mauer vor 30 Jahren befand sich die NATO schon einmal in einer Krise. Damals war dem Bündnis quasi über Nacht der Feind abhanden gekommen. Nachgedacht wurde über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur - ein europäisches Haus, in dem es für die NATO nur wenig Platz geben sollte. Der Militärallianz gelang es jedoch, sich auf die neue Lage einzustellen - u.a. durch Sicherheitskooperationen mit vielen ehemaligen Sowjetrepubliken und schließlich war der Weg frei für die Osterweiterung des Bündnisses. Die NATO setzte sich durch, blieb die Sicherheitsorganisation Nummer eins - bis heute.

Doch nun ist Donald Trump die neue Herausforderung für das Bündnis - vermutlich eine viel größere als vor drei Jahrzehnten das Ende der Ost-West-

Konfrontation. Denn der US-Präsident will mit seiner Devise „America First“ die liberale Weltordnung, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, einreißen. Er wendet sich gegen den Multilateralismus und Bündnisse, stellt grundlegende jahrelang gültige Prinzipien der westlichen Welt in Frage. Dieser Kurswechsel wird gravierende Folgen für die Militärallianz haben.

In der vergangenen Woche hat NATO-Generalsekretär Stoltenberg den Jahresbericht 2018 der Allianz vorgelegt. Das Vorwort des Norwegers hat die Überschrift: „NATO - fit für die Zukunft“. In dem mehr als 130 Seiten starken Report feiert sich die Allianz. Der unberechenbare Störenfried Donald Trump wird mit keinem Wort erwähnt. Unangenehme Themen werden in der NATO-Zentrale offenbar lieber ausgeblendet - ein Zeichen von Realitätsverlust. Denn die Zukunft der Allianz sieht an ihrem 70. Geburtstag düster aus.

* * *

Flocken

Soweit Andreas Dawidzinski. Eine Langfassung des Interviews mit Hans-Georg Ehrhart und mehr zum Thema finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Trotz der Probleme der NATO wollen weiterhin Staaten dem Militärbündnis beitreten. Hierzu gehört auch die Ukraine. Ende des Monats finden Präsidentschaftswahlen statt – der angestrebte Beitritt ist im Wahlkampf kein Streitthema. In dieser Frage ist man sich einig, zieht an einem Strang. Nach der Krim-Annexion durch Russland und angesichts des Konfliktes in der Ost-Ukraine ist eine Mitgliedschaft jedoch kurzfristig ziemlich unwahrscheinlich. Allerdings verbindet die Regierung in Kiew mit den Aufnahmebestrebungen zugleich auch noch andere Erwartungen. Einzelheiten von Eva Steinlein:

Manuskript Eva Steinlein

Die Ukraine und der Nordatlantikpakt kooperieren inzwischen schon 25 Jahre. 1994 trat die Regierung in Kiew als einer der ersten postsowjetischer Staaten der Partnerschaft für den Frieden bei – ein Kooperationsprogramm der westlichen Allianz. Drei Jahre später trat mit der NATO-Ukraine-Charta eine Vereinbarung in Kraft, die de facto ein militärischer Partnerschaftsvertrag ist. 2008 bemühte sich das Land auf dem NATO-Gipfel in Bukarest allerdings vergeblich um eine Aufnahme in die Militärallianz. Die USA unterstützten zwar das Vorhaben, doch vor allem Deutschland und Frankreich hatten Bedenken. In dem Abschlusskommunique des Gipfels heißt es jedoch - Zitat -:

Zitat

„Die NATO begrüßt die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine und Georgiens, die dem Bündnis beitreten wollen. Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden.“

Doch wann - das ist weiterhin ungewiss. Wenig zuversichtlich war damals offenbar auch die Regierung in Kiew. Denn in den Folgejahren verlor sie das Interesse an der NATO, angestrebt wurde stattdessen ein blockfreier Status – doch das Jahr 2014 mit der Annexion der Krim durch Russland und dem Beginn des Krieges in der Ostukraine änderte alles:

O-Ton Bjeljeskow (overvoice)

„Wir haben unser außen- und sicherheitspolitisches Modell gewechselt. Vor 2014 zogen wir einen blockfreien Status in Betracht, eine relative Neutralität. Mit dem Beginn der russischen Aggression – als klar wurde, dass Blockfreiheit nicht funktioniert und uns davor nicht schützt - haben wir entschieden, wieder auf die NATO-Integration umzuschwenken.“

So fasst es Mykola Bielieskow vom Kiewer Institute of World Policy zusammen, das unter anderem von der US-Regierung und der Renaissance-Stiftung von George Soros finanziert wird.

Als Russland 2014 die Halbinsel Krim annektierte und begann, im Donbass bewaffnete Separatisten zu unterstützen, hatte das ukrainische Militär dem kaum etwas entgegenzusetzen. Die Regierung setzt daher auf Verbündete. Etwa die Hälfte aller Ukrainer ist für einen NATO-Beitritt, besagt eine Umfrage der ukrainischen RatingGroup vom Januar. Das Ergebnis deckt sich mit Studi-

en anderer Meinungsforscher der vergangenen Jahre. Die Erwartungen der Bevölkerung an die NATO sind aber oft unrealistisch, erklärt Mychajlo Samus vom Center for Army, Conversion and Disarmament Studies in Kiew, das auch die ukrainische Regierung berät:

O-Ton Samus (overvoice)

„Die NATO ist sehr beliebt, weil die Leute das Bündnis als Weltpolizei verstehen, die uns helfen könnte. Wer wird uns sonst unterstützen? Niemand. Und die Ukrainer hoffen natürlich, dass uns die NATO irgendwie helfen könnte. Wir müssen den Menschen allerdings erklären, dass es ist jetzt für die NATO ziemlich kompliziert und zu spät ist, uns zu helfen. Sie ist keine Weltpolizei, sondern ein Club zur gegenseitigen Unterstützung ihrer Mitglieder.“

Der Vertreter der NATO in Kiew, Alexander Vinnikov, sieht die gegenwärtigen Beitritts-Bemühungen der Ukraine durchaus grundsätzlich positiv:

O-Ton Vinnikov (overvoice)

„Die NATO begrüßt die Bestrebungen der Ukraine. Einen formellen Status als Beitrittskandidaten gibt es zwar nicht – aber es gibt Länder, die diesen Status gerne haben möchten. Und diese Bestrebungen wurden von der Allianz zur Kenntnis genommen und begrüßt.“

Die NATO und die Ukraine kooperieren bereits auf etlichen Ebenen miteinander: Der NATO-Gipfel in Warschau beschloss 2016 ein umfassendes Paket von Hilfsmaßnahmen. Dazu gehören Beratung, acht verschiedene Treuhandfonds mit einem Volumen von insgesamt 40 Millionen Euro und zivile Ausbildungsprogramme. Außerdem beteiligt sich die Ukraine an den NATO-Einsätzen in Afghanistan und im Kosovo. In diesem Jahr soll es zudem gemeinsame Manöver auf Brigadeebene geben. Das Ziel ist: Die militärischen und zivilen Einrichtungen der Ukraine auf NATO-Standard zu bringen, so dass die Streitkräfte problemlos zusammenarbeiten können.

Darüber, wie weit der Weg der Ukraine bis zu einer Aufnahme in die Militärallianz noch ist, gehen die Einschätzungen allerdings auseinander. Mykola Bjeljeskow vom Institute of World Policy in Kiew ist zuversichtlich und meint:

O-Ton Bjeljeskow (overvoice)

„Ich würde sogar sagen, dass wir schon bereit sind, der NATO beizutreten. Wenn Sie vergleichen: Polen war zum Beispiel nicht besser aufgestellt, als es damals der NATO beitrug. Selbst jetzt haben die Polen zum Teil noch sowjetische Ausrüstung, wie andere osteuropäische Staaten. Sie haben ihre Kommandostruktur geändert, ihren Truppen Englisch beigebracht und den Einsatz unter NATO-Doktrin. Das ist alles.“

Der NATO-Botschafter in der Ukraine, Alexander Vinnikov, versucht dagegen, zu große Hoffnungen zu dämpfen:

O-Ton Vinnikov (overvoice)

„Momentan liegt der Fokus auf den nötigen Reformen, die die Ukraine darauf vorbereiten, Mitglied der euro-atlantischen Familie zu werden – und bei diesem Schwerpunkt sollte es bleiben. Es gibt viel zu tun: Es braucht viele Reformen in puncto Verteidigung, den demokratischen Institutionen, Rechtssicherheit, Kampf gegen die Korruption, Gewährleistung der Menschenrechte et cetera.“

Insbesondere angesichts der Territorialkonflikte mit Russland wird die NATO das Land so schnell nicht aufnehmen; darüber machen sich die ukrainischen Analysten keine Illusionen. Denn ein neues Mitglied muss zur Sicherheit des Bündnisses beitragen – so sieht es der Artikel 10 des Nordatlantikvertrages vor. Die Situation in der Ost-Ukraine und die Annexion der Krim machen einen Beitritt gegenwärtig schwierig. Trotzdem will Kiew die Voraussetzungen dafür schaffen. Planmäßig will die Ukraine bis Ende 2020 alle wichtigen Reformen für die Interoperabilität der Streitkräfte umsetzen.

Doch auf dem Weg gibt es auch Rückschläge. Das Parlament stimmte im vergangenen Monat gegen zwei Gesetzentwürfe, die die militärischen Dienstgrade dem NATO-Standard angepasst hätten – keine drei Wochen, nachdem die Rada das Ziel der NATO- und EU-Annäherung in einem Verfassungszusatz festgeschrieben hatte.

Für Mychajlo Samus vom Center for Army, Conversion and Disarmament Studies hat die Aufnahme des NATO-Beitritts in die Verfassung vor allem einen innenpolitischen Hintergrund. Schließlich gibt es Ende des Monats Präsidentenwahlen. Für Samus geht es der Ukraine bei der Anpassung an NATO-Vorgaben nicht in erster Linie um einen Beitritt zur Allianz. Im Vordergrund

stehe gegenwärtig vielmehr das Ziel, die rückständigen Streitkräfte zu modernisieren:

O-Ton Samus (overvoice)

„Denn die NATO hat die besten Anleitungen der Welt für funktionierende Streitkräfte. Das ist der Hauptgrund, warum wir NATO-Standards einführen. Wir machen es nicht wegen der Beitrittsbestrebungen. Offen gesagt: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Einführung der Standards und der NATO-Kooperation!“

Die Ukraine setzt mit der NATO-Annäherung also kurzfristig darauf, dass die Militärallianz das Land beim Aufbau effektiver Streitkräfte unterstützt. Das ist für Kiew im Augenblick wichtiger als die vage Hoffnung auf eine Mitgliedschaft im Bündnis. Für Mykola Bjeljeskow vom Institute of World Policy verfolgt die Ukraine daher eine Doppelstrategie:

O-Ton Bjeljeskow (overvoice)

„Uns ist klar, dass im Kriegsfall keine NATO-Soldaten kommen werden, um uns gegen Russland zu verteidigen. Daher müssen wir uns, um uns selbst kümmern. Wir sind also nicht naiv. Wir versuchen, unser eigenes Verteidigungspotenzial zu stärken und gleichzeitig der Allianz beizutreten, die es ja gibt.“

Die Umstellung auf so vielen verschiedenen Ebenen fordert das Land, seine Politik und seine Streitkräfte enorm. Unter diesen Umständen spielt der Friedensprozess mit Russland praktisch keine Rolle. Doch mit dem gegenwärtigen Kurs sei die Ukraine auf dem richtigen Weg – darin sind sich alle Kandidaten der Ende des Monats anstehenden Präsidentschaftswahlen einig. Ganz gleich, wer gewinnt. Noch einmal Mykola Bjeljeskow:

O-Ton Bjeljeskow (overvoice)

„Nach so großen Zerstörungen, so vielen Toten und so vielen Binnenflüchtlingen ist es sehr schwer, sich für einen Kurswechsel einzusetzen – das könnte sogar zu einem weiteren Maidan führen. Daher denke ich, dass die ukrainische Außenpolitik in etwa dieselbe bleiben wird, zumindest den Worten nach, was die EU und NATO angeht. Eine Annäherung an Russland wird es nicht geben.“

* * *

Flocken

Ein Bericht von Eva Steinlein.

Der Brexit ist weiterhin ein Dauerthema. Eigentlich sollte Großbritannien nach Vorstellung der Regierung in London in der kommenden Woche die EU verlassen. Doch jetzt ist Frist noch einmal verlängert worden. Trotz des geplanten EU-Austritts will Großbritannien aber auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit den Europäern weiter intensiv zusammenarbeiten. Wie das aber konkret funktionieren soll, ist noch weitgehend offen. Kai Küstner berichtet:

Manuskript Kai Küstner

Man konnte es in den Köpfen der im Saal Versammelten förmlich rattern hören, als der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson bei seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar die Zuhörerschaft auf einen kurzen Ausflug in die gar nicht mehr so junge Vergangenheit mitnahm:

O-Ton Williamson (overvoice)

„Wir sind stolz, sehr stolz auf unsere tiefe und langjährige Freundschaft mit Deutschland. Vor 260 Jahren kämpften wir Seite an Seite in der Schlacht von Minden.“

Minden, Minden? Wie war das nochmal genau? Im Jahr 1759 entschieden hier die preußischen Truppen Friedrichs des Großen gemeinsam mit den Briten eine entscheidende Schlacht des ‚Siebenjährigen Krieges‘ für sich - gegen das französische Heer. Diese Erklärung lieferte Williamson nicht mit, so dass dem Sicherheitskonferenz-Publikum nur übrig blieb, den Sitznachbarn zu fragen oder selber auf dem Smartphone nachzuschlagen. Die Botschaft des Briten dürfte trotzdem angekommen sein: Was die Sicherheit angeht, ist das Königreich viel zu eng verbandelt mit Deutschland, mit Europa, als dass die kommende Scheidung diese Bande komplett lösen wird:

O-Ton Williamson (overvoice)

„Wir haben schon zur europäischen Sicherheit beigetragen, bevor es die EU oder die NATO überhaupt gab. Und wir werden das weit über den Austritt aus der Europäischen Union hinaus tun.“

Aber so einfach wird das alles nicht: Bislang ist – in einer dem Austritts-Vertrag angehefteten politischen Erklärung – allenfalls schemenhaft skizziert, wie eine zukünftige Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und dem Königreich aussehen könnte. Und zwar zum Teil ganz bewusst, meint der stellvertretende Direktor des Forschungsinstituts ‚Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik‘, Christian Mölling. Denn über die künftigen Beziehungen soll ja erst nach dem vollzogenen Brexit verhandelt werden:

O-Ton Mölling

„Die EU hat generell Bedenken, dass die Briten einem gleich die ganze Hand abreißen, wenn man ihnen den kleinen Finger reicht. Ich glaube nicht, dass es so ist. Aber die Sorge ist: Dass man einen Präzedenzfall im Verteidigungsbereich schafft, worauf die Briten verweisen und sagen können: Wollen wir es nicht in anderen Bereichen genauso machen?“

Aus Sicht von Verteidigungsexperte Christian Mölling steht fest: Beide Seiten müssen ein massives Interesse daran haben, nach der Trennung zumindest in Sachen Sicherheit so schnell wie möglich wieder zueinander zu finden:

O-Ton Mölling (overvoice)

„Wenn wir uns unsere Nachbarschaft mal angucken, dann müssen wir eingestehen, dass es Sinn macht, starke Partner zu haben: Ein schwaches Europa, das durch den britischen Austritt noch schwächer wird, kann nur ein Interesse daran haben, Großbritannien so schnell wie möglich wieder anzubinden, weil unser Umfeld so gefährlich geworden ist.“

Doch schon ein flüchtiger Blick in Richtung Sterne beweist, wie kompliziert das alles werden dürfte: Völlig zerstritten haben sich EU und Briten bereits über ‚Galileo‘ – das von den Europäern in Konkurrenz zum US-amerikanischen ‚GPS‘ erdachte Satelliten-Navigationssystem: Weil die EU das künftige Drittland von bestimmten Entwicklungs-Schritten auszuschließen begann, stieg London daraufhin komplett aus und denkt nun über eine Beteiligung an konkurrierenden Systemen nach. Ähnlich schwierig könnte es beim ganzen Bereich ‚innere Sicherheit‘ werden, also bei der Polizei-Zusammenarbeit oder der Terrorismus-Bekämpfung, glaubt DGAP-Experte Mölling. Denn die Brexit-Hardliner wollten ja gerade loswerden, was man in diesem Bereich dringend brauche: Ein gemeinsames und gesamteuropäisches Netz von Gesetzen und Verordnungen:

O-Ton Mölling

„Sonst kann, ganz praktisch gesehen, jemand, der in Deutschland mit britischem Haftbefehl gesucht worden ist, aus dem Gefängnis wieder hinaus spazieren, weil sein Anwalt sagt: Der Haftbefehl hat keinen Rechtsrahmen mehr und ist deshalb auszusetzen.“

Die gemeinsame Verbrecherjagd könnte also womöglich schwieriger werden als die militärische Zusammenarbeit. Auch wenn beide Seiten bekunden, diese Verteidigungs-Kooperation unbedingt zu wollen, ist auch sie nicht gänzlich frei von Hürden. Beispiel: Beteiligung der Briten an EU-Militär-Missionen:

O-Ton Mölling

„Man kann versuchen, das ganz formal zu regeln, indem man ein Drittstaaten-Abkommen zwischen GB und der EU schließt. Das ist aber alles nicht so einfach, weil das auch bedeuten würde, dass man Großbritannien dann auch aus britischer Sicht einen Platz am Entscheidungstisch einräumen müsste. Den sie jetzt gerade verlassen haben.“

Dies dürfte in der Tat einer der Dreh- und Angelpunkte der anstehenden Diskussionen werden: Wie dicht lässt die EU den militärisch durchaus schwergewichtigen zukünftigen ‚Ex‘ künftig an sich heran, ohne ihm dieselben Vorteile wie einem echten Mitglied einzuräumen? Oder anders herum: Warum sollten die Briten Soldaten in EU-Expeditionen schicken, bei denen sie kein Wörtchen mitreden können? Bisher ist nach Einschätzung von Experten der Ausstieg der Briten aus europäischen Militär-Missionen, wie etwa der zur Schlepper-Bekämpfung im Mittelmeer, locker zu verkraften. Hatten die sich doch ohnehin auf EU-Ebene stets zurückgehalten und der NATO den Vorzug gegeben. Doch was, wenn eines Tages noch größere Aufgaben auf Europa zukämen?

O-Ton Mölling

„Wenn man so etwas wie die Balkan-Kriege nochmal stemmen müsste, dann würde man wohl ohne die Briten sehr viel schlechter dastehen. Über den Daumen gepeilt, haben die Briten in der EU derzeit 20 Prozent der Fähigkeiten und 25 Prozent der wichtigen militärischen Fähigkeiten, also alles, was mit Aufklärung und Transport zu tun hat, können die Briten beistellen. Die Frage ist nur: Machen die das dann auch?“

Dass Geschichte bisweilen nicht Ironie-frei ist, beweist auch der Brexit: Hatte London über Jahre und Jahrzehnte alles blockiert, was eine engere militärische Zusammenarbeit in der EU betraf, zeigt es nun – wo es sozusagen in der ge-

öffneten Ausgangstür steht – einen Enthusiasmus, den nur wenige auf dem Festland den Briten zugetraut hatten. Jedenfalls signalisiert das Königreich starkes Interesse, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Was nicht nur, aber sicher auch damit zu tun hat, dass die heimische Rüstungsindustrie leidet, wenn die EU nun mit dem neu geschaffenen Verteidigungsfonds gemeinsame Projekte – seien es Drohnen oder anderes Gerät – anschiebt. Eine Furcht, die übrigens auch die USA umtreibt:

O-Ton Williamson (overvoice)

„Dass europäische Alliierte ihre Fähigkeiten zusammenlegen und sie unserer Allianz zur Verfügung stellen, begrüßen wir sehr. Es ist aber genauso wichtig, dass die Europäische Union Nicht-EU-Staaten, die aber NATO-Mitglieder sind, nicht ausschließt, wenn es um die Entwicklung von Fähigkeiten geht.“

Mahnte der britische Verteidigungsminister Williamson bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Zweifellos: Der Brexit hat es in Kombination mit US-Präsident Trump vermocht, den Europäern in einer Art Schocktherapie klarzumachen, dass sie auch militärisch selbständiger werden müssen. Bei den Briten hingegen scheint trotz der bevorstehenden Abnabelung von der EU das Interesse an europäischer Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich paradoxerweise eher zu wachsen. Völlig verpuffen lassen wird die EU diesen neuen Elan einer Atommacht und eines UN-Sicherheitsrats-Mitglieds wohl kaum. Auch wenn man beim Thema Brexit – wie die bisherigen Verhandlungen gezeigt haben – vor kaum einer Überraschung gefeit sein kann.

* * *

Flocken

Informationen von Kai Küstner.

So viel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen - unter ndr.de/streitkraefte. Unter dieser Adresse können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.